

HÖFFE, Otfried. *Ist die Demokratie zukunftsfähig?* München: Beck, 2009, 334 Seiten.

RESENHA

ALESSANDRO PINZANI

(Universidade Federal de Santa Catarina / CNPq)

Welche Zukunft für die Demokratie? Welche Demokratie für die Zukunft?

Otfried Höffes neuestes Buch zum Thema „Demokratie in der heutigen Welt“ – ein Thema, dem der Tübinger Sozialphilosoph schon die vorausgegangenen Bände *Demokratie im Zeitalter der Globalisierung* (1999) und *Wirtschaftsbürger, Staatsbürger, Weltbürger* (2004) gewidmet hatte – stellt einen wichtigen Versuch dar, die Frage der Zukunftsfähigkeit der Demokratie zu beantworten. Dabei kann man die Ausgangsfrage auf doppelte Weise deuten: Hat die Demokratie eine Zukunft? Und: Kann sie die Herausforderungen meistern, welche die Zukunft der Menschheit stellen wird? Beide Fragen sind miteinander so eng verknüpft, dass – so Höffes These – die erste nur durch eine positive Beantwortung der zweiten positiv zu beantworten ist. Höffe stellt somit die Legitimationsfähigkeit der Demokratie mit ihrer Fähigkeit, konkrete Probleme zu lösen, in Verbindung. Allerdings kommt ihr im Unterschied zu anderen, womöglich noch effizienteren politischen Systemen ein Plus-Element zu, das eben in ihrer Legitimationsfähigkeit zu suchen ist (Höffe spricht von einem „Legitimationsvorsprung“, S. 73). Ihre Stärke besteht, m. a. W., eben darin, Effizienz mit Legitimation zu verbinden. Dies stellt keine zirkuläre These dar, weist vielmehr auf die Tatsache hin, dass in der politischen Theorie

normative Fragen (wie die der Legitimation einer politischen Ordnung) durchaus mit pragmatischen Fragen (wie Effizienz bei der Lösung von Problemen) zusammenhängen, so dass die Präferenz für Demokratie auf beiden Ebenen (der normativen wie der pragmatischen) begründbar ist, obwohl die „legitimatorische Zukunftsfähigkeit“ der Demokratie von ihrer „pragmatischen Zukunftsfähigkeit“ unabhängig, ja dieser sogar „überlegen“ ist (ebda.).

Dementsprechend ist das Buch in drei Teilen gegliedert, die jeweils einer zwar kurzgefassten, jedoch umfassenden Theorie von Politik und Demokratie (unter dem bescheidenen Titel „Rahmenbedingungen“), einer Darstellung der auf die Demokratie zukommenden Herausforderungen und der entsprechenden Lösungsstrategien (der Titel lautet eben „Strategien der Zukunft“) und abschließenden Überlegungen zur Zukunftsfähigkeit der Demokratie gewidmet sind. Dabei verzichtet Höffe nie auf den Gesamtblick, der es ihm ermöglicht, auch im ersten Teil der Frage der Zukunftsfähigkeit der Demokratie immer wieder Beachtung zu schenken ohne auch im zweiten und im dritten Teil den legitimatorischen Aspekt der demokratischen Form aus dem Auge zu verlieren.

Gegen die heutzutage verbreitete Tendenz, apokalyptische Szenarien auszumalen, mahnt Höffe den Leser dagegen jede Hoffnung aufzugeben; gegen die weitere Tendenz, unser Zeitalter für radikal anders als vorausgegangene Zeitalter zu halten, erinnert er uns ständig an die Ähnlichkeiten, die Gegenwart und Vergangenheit tatsächlich näher zusammen rücken lassen. Höffes Motto erinnert an Machiavellis Mahnung, aus der Geschichte zu lernen, und lautet: „Wer die Zukunft planen will, muss die Vergangenheit kennen“ (S. 21). Seine Hauptreferenz ist dabei die griechische Antike, insbesondere Aristoteles; aber auch ältere Zivilisationen dienen als Kontrapunkt zur These der vermeintlichen Einmaligkeit und Neuigkeit unserer Zeit, unserer Kultur und unserer Probleme. Dabei werden die charakteristischen Merkmale unseres Zeitalters bzw. der Globalisierung keineswegs negiert, sondern nur kontextualisiert. Schon bei der anfänglichen Bestimmung der Aufgaben, die der Politik zukommen, rekurriert Höffe auf die Antike und situiert somit unsere heutige Lage und die damit verbundenen Problemen in einen historischen Kontext und versieht sie mit einem anthropologischen Rahmen, der durch Hinweise auf transkulturelle Phänomene immer wieder hervorgehoben wird. Diese ausgewogene Haltung gegenüber allzu radikale Lesarten führt Höffe in einem der interessantesten Kapitel des Buches, nämlich dem dritten, dazu, der Religion zwar eine wichtige Rolle in der heutigen Welt zuzuschreiben, gleichzeitig jedoch die säkulare Dimension zu betonen, welche die Politik in der modernen Demokratie angenommen hat. Somit nimmt er eine ausgeglichene und realistische Position in der zur Zeit wieder aufgeflamten Debatte über Religion und Politik ein.

Mit systematischer Akribie beschreibt Höffe die unterschiedlichen Dimensionen, in denen die Politik zukunfts-fähig sein kann: von der Deutung bis hin zur Gestaltung zukünftiger Szenarien. Zwar scheinen manche Beschreibungen eher den westlichen Demokratien angemessen zu sein¹, aber im Grossen und Ganzen ist Höffes Charakterisierung der Probleme heutiger Demokratien zutreffend. Von wachsenden Legitimationsdefiziten hin zu ausufernden Geldausgaben, zunehmenden staatlichen Aufgaben, dem extraterritorialen, überstaatlichen Charakter von Phänomenen wie wirtschaftlichen Krisen, Umweltzerstörung, Naturkatastrophen usw. Dabei fällt es auf, dass Höffe die verbreitete These einer immer stärkeren Unabhängigkeit der Wirtschaft von der Politik und der damit verbundenen Ökonomisierung nicht teilt bzw. dieser mit einer ausdifferenzierteren Betrachtungsweise entgegentritt. Höffe unterscheidet dabei mehrere Stufen, auf denen es einen Prozess der Ökonomisierung, *aber auch* einen der Politisierung geben kann (S. 87 ff.): insgesamt besitze die Politik nach wie vor und trotz der Macht von Interessenvertretern und Lobbyisten die Möglichkeit, die Wirtschaft zu steuern. Mehr noch: Höffe behauptet, dass „die Politik so gut wie alle Gesellschaftsbereiche entscheidend prägt“ (S. 61) – wobei er offensichtlich Politik vor allem im institutionalisierten Sinne, d.h. als Tätigkeit von formell definierten, legitimen öffentlichen Institutionen versteht². Offensichtlich wird diese institutionelle Auffassung bei einer sehr wichtigen Diagnose, die man gleichzeitig als Mahnung deuten könnte: „Die Bürger richten an die Politik Erwartungen, obwohl es ihr an der dafür nötigen Entscheidungs- und Handlungsmacht oft

fehlt. Und dieser Mangel besteht nicht etwa aus kontingenten Gründen (...). Er besteht prinzipiell“ (S. 63). Gegen diese Tendenz plädiert Höffe für eine Wiederaufwertung von zwei „vorpolitischen und vordemokratischen Mächten“, nämlich: Familie und Religion. Ohne sie idealisieren zu wollen, wird erstere als ein zentraler Ort der Bildung individueller Identität und der Sozialisation gesehen, die „unverzichtbare“ Leistungen erbringt (S. 99) und die daher eine stärkere Aufmerksamkeit und Förderung durch die Politik verdient (dabei folgt der Autor bei seiner Hervorhebung der ethischen Rolle von Familie eher Hegel als dem von ihm sonst bevorzugten Kant). Religion wird im Geist der oben erwähnten ausgewogenen Stellungnahme in der Debatte über ihrer Rolle in der Politik eher als „wichtige Autorität für Wertbildung und Wertvermittlung“ denn als in der Form von kirchlichen oder kirchähnlichen Institutionen auftretendes, unmittelbar politisch agierendes Subjekt verstanden.

Höffes Mahnungen bezüglich der miteinander verbundenen Gefahren einer exzessiven Politisierung und einer Erhebung zu hoher Erwartungen an die Politik sind durchaus teilbar. Nichtsdestotrotz erscheinen einige Charakterisierungen von Globalisierung weniger überzeugend. Höffe zweifelt deren vorwiegend ökonomische Natur an und neigt dazu, den positiven Aspekten (z. B. wachsende und effizientere Produktion von Lebensmitteln, zunehmende Handelsbeziehungen, fortschreitende rechtliche Integration) ein größeres Gewicht als den negativen beizumessen, die ihrerseits nur mit Sicherheitsrisiken (Kriegen, Kriminalität, Terrorismus) und Umweltzerstörungen identifiziert werden,

während andere, vorwiegend wirtschaftliche Phänomene (z. B. wachsende Ungerechtigkeit bei der Verteilung von materiellen und immateriellen Gütern, Dominoeffekte bei Krisen) eher marginal bleiben. Insgesamt scheinen manche wirtschaftlichen Aspekte etwas zu kurz zu kommen bzw. in den Hintergrund zu geraten.³

Der originellste Teil des Buches ist zweifellos der zweite, in dem Höffe auf die „Strategien der Zukunft“ zu sprechen kommt. Zentral werden dabei vier die Zukunftsfähigkeit von Individuen, Spezies und politischen Gemeinschaften beeinflussende Grundfaktoren, die schon im 2. Kapitel angesprochen werden und die nun bei der jeweiligen Strategie verschiedene Gestalt annehmen. Der erste Grundfaktor besteht „in emotionalen Einstellungen wie der Sorge und der Zuversicht“ (S. 33). Aristotelisch positioniert Höffe die richtige emotionale Einstellung in der Mitte zwischen den beiden Extremen der apokalyptischen Einstellung und der Sorglosigkeit. Der zweite Grundfaktor, die „nüchterne Neugier“ auf die Zukunft, positioniert sich zwischen fatalistischer Ohnmacht und technokratischer Allmachtsillusion. Der dritte Grundfaktor ist überindividueller Natur: es sind die Institutionen, welche „auf der gesellschaftlichen Ebene“ das zustande bringen, „was auf persönlicher Ebene Einstellungen und Haltungen leisten“, nämlich eine Stabilisierung des Verhaltens (S. 34). Der vierte Grundfaktor besteht in der Fähigkeit zum Überlegen und Planen. Mit nochmaliger Anlehnung an die griechische Antike nennt der Autor diese vier Faktoren „Pathos, Ethos, Nomos und Logos“ (ebda.). Will ein politisches System zukunftsfähig sein, muss es eine Strategie auswählen, die alle vier Faktoren anregen und

sich ihrer bedienen kann.

Die vier von Höffe dargestellten Strategien sind mitnichten neu – im Gegenteil: Unser Autor weist wiederholt auf die Tatsache hin, dass sie von den unterschiedlichsten Kulturen immer wieder aufgegriffen und gelegentlich neu bewertet worden sind. Dadurch gewinnen sie paradigmatischen Charakter und werden sozusagen zu anthropologischen Grundverhaltensweisen. In Anlehnung an die Bibel (Höffe betont, dass auch andere Texte anderer Kultur hätten dazu dienen können), jedoch in einem durchaus säkularen Sinne, nennt er die ersten drei Strategien jeweils die Genesis-, die Noah- und die Propheten-Strategie. Die vierte kann man als die Strategie der Ausgestaltung realistischer Visionen verstehen.

Alle genannten Strategien weisen Vor- und Nachteile auf, die Höffe ausführlich behandelt. So kann z. B. die Genesis-Strategie (S. 126 ff.), d.h. die Aufforderung an den Menschen, „sich überhaupt eine Zukunftsfähigkeit zu erarbeiten“ (S. 126), leicht in den Versuch umschlagen, die totale Kontrolle über die Natur auszuüben und somit einer selbständig gewordenen Technik die Oberhand gewinnen zu lassen. Somit hört die Technik auf, ein Instrument zur Gestaltung unseres Zusammenlebens mit und in der Natur zu sein, und wird zu einem Mittel der Unterwerfung und Ausbeutung derselben, die den Menschen selbst zu einem Objekt und zum Gegenstand seiner Tätigkeit macht. Höffe spricht hier von der „strukturellen Amoral jeder Technik“ (S. 133), um auf die prinzipielle Neutralität derselben bezüglich der menschlichen Zwecke einer Oikopoiese hinzudeuten, welche die Gestaltung der Natur durch den Menschen zwar voraussetzt, sie jedoch in den Dienst der Herstellung einer

harmonischen Beziehung der beiden stellt. Die Genesis-Strategie stellt also gleichzeitig die größte Hoffnung und die größte Bedrohung für die Zukunftsfähigkeit dar, da sie einerseits die technischen Mittel zur Lösung vieler Probleme zur Verfügung stellt, andererseits viele dieser Probleme erst verursacht. Aufgabe der Politik ist dabei, sich der oben genannten Grundfaktoren im Rahmen dieser Strategie zu bedienen und zwar so, dass sie der Zukunftsfähigkeit dienen. Die Strategie aktiviert somit die emotionale und die ethisch-dispositionelle Seite (Wissbegier und Interesse am angenehmen Leben sowie die Einstellung, beide zu fördern) und lässt die entsprechenden Institutionen (Universitäten und Forschungseinrichtungen) für sich arbeiten. Die zentralste Rolle spielt dabei die Vernunft, die jedoch nicht bloß im Sinne einer instrumentellen Vernunft verstanden werden darf, will man nicht in die Falle einer Technokratisierung geraten. Die Genesis-Strategie erlaubt dem Menschen, das für die Gestaltung seiner Zukunft notwendige Wissen (und die entsprechende Technik) zu gewinnen.

Damit wird auch eine Brücke zur zweiten, zur Noah-Strategie geschlagen (S. 136 ff.). Diese betrifft die Fähigkeit, zukünftige Notfälle vorzusehen und die entsprechenden Gegenmaßnahmen (ob vorbeugend oder *post facto*) zu treffen. Dazu sind auch Wissen und Technik vonnöten. Die Noah-Strategie besitzt allerdings einen noch stärkeren moralischen Charakter als die Genesis-Strategie, denn sie wirft Fragen der Solidarität und der Verpflichtungen anderen gegenüber auf (hätte Noah andere Menschen mitnehmen sollen?). Soll eine politische Gemeinschaft anderen Gemeinschaften in Not helfen, und wenn ja, wie weit darf diese

Hilfsbereitschaft gehen? Die Frage stellt sich besonders im Falle von Naturkatastrophen, deren moralischer Relevanz Höffe ein ganzes Kapitel widmet (S. 146 ff.). Obwohl er mehrere konkrete Beispiele diskutiert, verfällt der Autor nie in eine bloße Kasuistik, sondern bedient sich derer, um einige Grundprinzipien (Solidaritäts- aber auch Verantwortungsprinzipien) festzusetzen, nach denen eine politische Gemeinschaft ihr Verhalten im Notfall richten sollte.

Die Propheten-Strategie (S. 156 ff.) bezieht sich auf die Bereitschaft, mahnenden Stimmen zuzuhören, die vor möglichen Krisen warnen. Solche Stimmen sind vor allem bei Individuen, welche die notwendige Autorität besitzen, also bei Fachkundigen (vorwiegend Wissenschaftlern), aber gelegentlich auch bei „Musikern, Schriftstellern und Künstlern“, bei „Forschern und Gelehrten“, bei „Ärzten, Wirtschaftsführern und Journalisten“ zu vernehmen (S. 164). Die Bereitschaft, Warnungen ernst zu nehmen, kommt allerdings keinem blinden oder naiven Vertrauen gleich. Man muss zunächst imstande sein, „wahre“ von „falschen Propheten“ zu unterscheiden. Hinzu kommt die Tatsache, dass die Fachleute nicht immer bereit sind, ihre Kompetenz „in den Dienst eines kollektiven Zieles, des vermeintlichen oder tatsächlichen Gemeinwohls zu stellen“ (S. 165). Es bedarf daher einer vor- und außerwissenschaftlichen Motivation (etwa eines Verantwortungssinnes der Gemeinschaft oder gar der Menschheit gegenüber). Schließlich fehlt es den Fachkundigen, den Propheten, an Entscheidungsbefugnis. Diese bleibt der Politik, also dem demokratischen Gemeinwille, vorbehalten. Am Beispiel der Diskussion um den Klimaschutz (S. 167 ff.) zeigt Höffe wie wichtig

die Propheten-Strategie heutzutage ist.

Die vierte und letzte Strategie stellt eine wahre Herausforderung dar, denn sie fordert uns auf, Visionen zu entwickeln (S. 183 ff.). Dabei müssen diese Visionen realistisch bleiben, ohne sich in Utopien zu verwandeln, für die Höffe nichts übrig hat. Zukunftsfähige Politik darf nicht nur mit Blick auf die nächste Zukunft agieren, sondern muss langfristig denken und nach Alternativen suchen. Sie muss an „mögliche Welten“ (S. 187) denken. Allerdings darf dieser Blick auf die Zukunft die Vergangenheit und die Gegenwart nicht vergessen (dies sei nach Höffe der größte Fehler von Utopien). Eine dieser realistischen Visionen bezieht sich auf die Errichtung einer Weltrechtsordnung – ein Thema, das Höffe schon mehrmals behandelt hat (siehe die oben genannte Bücher) und dem das 14. Kapitel gewidmet ist (S. 194 ff.). Dabei handelt es sich keineswegs um die einfache Vision eines Weltstaates, sondern um ein vielschichtiges Modell, in dem nationales und internationales Recht ineinander so aufeinander abgestimmt werden, dass das Ergebnis eine „subsidiäre, komplementäre und föderale Weltrechtsordnung“ ist, in der „alle Menschen Weltbürger“ sind (S. 208).

Der dritte, abschließende Teil zeigt, wie Demokratien die im zweiten Teil vorgestellten Strategien anwenden können. Hier verwendet Höffe durchaus kritische Töne, wenn er zahlreiche Beispiele einer Politik der Verdrängung auflistet, die leichtsinnig „in den Tag leben“, anstatt sich ihrer Aufgabe mit Weitsicht und Ernst zu stellen. Dabei nimmt der Autor zu vielen konkreten Fragen – vom Klimaschutz zur Atomenergie oder zur Bevölkerungsentwicklung – Stellung und zeigt, wie man die in beiden ersten

Teilen philosophisch begründeten Prinzipien in die Praxis anwenden kann. Die traditionelle Analogie zwischen Individuum und Staat bzw. politischer Gemeinschaft übernehmend, bietet Höffe Ansätze für eine Handlungstheorie, die für beide gelten kann. Er identifiziert dabei vier Antriebskräfte, welche die Zukunftsfähigkeit von Individuen sowie von Gemeinwesen ermöglichen: Eigeninteresse, Gerechtigkeit, Solidarität und Wohltätigkeit. Die letzten drei stellen die Stufen einer sich steigernden Moral dar. Besonders wichtig in Bezug auf die Zukunftsfähigkeit sind Gerechtigkeit und Solidarität, die beide auf Gegenseitigkeit angewiesen sind. Erstere tritt dann vor allem als Gerechtigkeit zwischen Generationen auf (gegenwärtige Generationen müssen bei ihren Entscheidungen an die zukünftigen denken, weil sie selbst von den Entscheidungen und Leistungen vergangener Generationen profitieren). Solidarität bedeutet „eine gegenseitige Haftung ... bei Gefahr und in Notlagen innerhalb von Gruppen, die ... eng miteinander verbunden sind“ (S. 232). Eine solche Gruppe kann aber auch die ganze Menschheit sein (S. 233), obwohl es nicht so klar ist, ob es eine Solidaritätshierarchie besteht, d.h. ob wir gegenüber der uns nächsten Gruppe stärkere Solidaritätspflichten haben (wie etwa bei der Noah-Strategie). Da hier von „Schicksalsgemeinschaft“ die Rede ist, fragt sich, inwieweit ein gemeinsames Schicksal von allen Menschen geteilt wird: bezieht man sich nur auf globale Phänomene wie globale Erwärmung oder finanzielle Weltkrisen oder allgemein auf die für die *conditio humana* typischen Notfälle? Nach Höffe ist die angemessene Antwort auf letztere

eher Wohlwollen (S. 233) als Solidarität – was wiederum die Erweiterung letzterer auf die ganze Menschheit relativiert.

Diese vier Antriebskräfte geraten schnell in Konkurrenz, da sie unterschiedlichen Maßstäben folgen. Daher bedarf es der korrigierenden Wirkung von zwei Tugenden, deren Zentralität für die politische Tätigkeit schon in der Antike anerkannt wurde: Klugheit und Besonnenheit (S. 236 ff.). So Höffes wichtiges Zwischenfazit, das als zentrale Botschaft für Politiker und Bürger gleichzeitig dienen kann: „Zukunftsfähig ist die Demokratie nur dann, wenn sie das Gemeinwohl mit Klugheit und Besonnenheit verfolgt, also in kollektiver Klugheit die unterschiedlichen Zukunftsausgaben gegeneinander abwägt und in kollektiver Besonnenheit kurzfristige Interessen dem langfristigen Gemeinwohl opfert. Da das Volk ein Kollektiv ist, kommt die Gerechtigkeitsaufgabe hinzu, innerhalb des Volkes die unterschiedlichen Ansichten und Interessen auszugleichen“ (S. 238). Daher verfügen Demokratien nicht eo ipso über eine „stupende Zukunftsfähigkeit“ (S. 239), besitzen jedoch Ressourcen, die sie in eine bessere Lage als Nicht-Demokratien stellen – allen voran eine leichter zu engagierende Bürgerschaft, ein höheres Bildungs- und Ausbildungsniveau, stärkere soziale und kulturelle Fundamente, ein Plus an Legitimität (was wiederum die Bereitschaft der Bürger, sich zu engagieren, steigert) und eine flexiblere politische Ordnung, die schneller und effektiver auf neue Herausforderungen und auf Krisen zu reagieren vermag.

Notas

¹Etwa der Hinweis auf den wachsenden Anteil älterer Wähler und auf den Rückgang der Menschen, die noch Kinder haben, oder die Behauptung, die für die Moderne charakteristische Wirtschaftsform sei die soziale Marktwirtschaft (alle auf S. 35 zu finden).

²Eine ausdrückliche, wortbuchsmässige Definition vom Wesen der Politik bzw. vom ‚Politischen‘ bleibt in der übrigens detaillierten und definitionsreichen Beschreibung der politischen „Rahmenbedingungen“ aus, da es erst aus der Gesamtkonzeption des Buches zu begreifen ist, was nach Höffe Politik charakterisiert.

³So ist z. B. einer Aussage wie der folgenden nur begrenzt zuzustimmen: „Auch wenn sie bezahlt werden müssen – Bildung und Ausbildung, Kultur, Musik und Sport haben einen Eigenwert“ (S. 65). Dem letzten Teil scheint durch den ersten widersprochen zu werden, oder besser: eben die Tatsache, dass Bildung usw. bezahlt werden müssen, beraubt sie ihres Eigenwerts, macht aus ihnen Waren und unterwirft sie den Marktmechanismen. Hinterfragt werden sollten z. B. die Behauptungen, nach denen erstens demokratische Sozialstaatlichkeit ihre *raison d’être* in der Notwendigkeit fände, „eine Herrschaft nur der Armen und Unwissenden mindestens zu erschweren“ (S. 83), und zweitens politisch mündige Bürger „materiell nicht viel“, sondern nur „ein materielles Minimum“ brauchen (S. 84). Angesichts der (auch in den westlichen Demokratien) wachsenden Reichtums- und Einkommensunterschiede,

sowie der immer noch grassierenden Ungerechtigkeit bei der Verteilung von Ressourcen (nicht nur von Geld, sondern auch von Wissen und Technologie), welche nicht nur die Beziehungen zwischen reichen und armen Staaten, sondern zunehmend auch die zwischen Bürgern desselben Staates charakterisiert, ließen sich stärkere Argumente zugunsten der Existenz und des Ausbaues sozialstaatlicher Institutionen einführen.

Schließlich erscheint Höffes Beschreibung des Marktes im Kapitel 17 zu optimistisch. Obwohl er die verklärende Ansicht der neoliberalen Apologeten der freien Marktwirtschaft ablehnt, hebt er die positive Rolle des Marktes beim Entstehen einer angeblich gesunden Konkurrenz hervor, die sich so gut wie auf alle Bereiche, einschließlich der Literatur oder der Wissenschaft erstreckt. Man darf gegenüber einer solch positiven Bewertung der marktorientierten Konkurrenz skeptisch sein: so werden der oben genannten Ökonomisierung Tür und Tor geöffnet, Hierdurch breitet sich ein ökonomisches Denken auf Gebiete aus, die am besten frei von einer rein strategischen oder instrumentellen Denkweise bleiben sollten. Zwar meint Höffe zu Recht, der Markt fordere auch Kooperation (S. 238), diese scheint jedoch nur mit Hinblick auf zu erreichende wirtschaftliche Vorteile zu entstehen, um beim nächsten Interessenkonflikt einem unerbittlichen Konkurrenzkampf Platz zu machen.